



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

14 (9.1.1924) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-213312](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-213312)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: 10 Mannheimer umgebung vom 3 bis 6. Januar 1924: 10 Gold-Pfg. Die monatliche Bezugspreispflicht ist bei Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig werdende Preisänderungen anzuerkennen. Postfachnummer 17946 Karlsruhe. - Hauptredaktion: Mannheim 1. u. 2. - Geschäfts-Nachnahme: Badischer Anzeiger, 6. Fernspr. Nr. 7941, 7942, 7943, 7944. - Verlag: Mannheimer General-Anzeiger, Erbscheidt- und -König-Str. 10/11.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung pro einseitiger Kopierzeit für allgemeine Anzeigen 0,40 Goldmark, für Anzeigen an bestimmten Tagen 1,00 Goldmark. Für Anzeigen an bestimmten Tagen 1,00 Goldmark. Für Anzeigen an bestimmten Tagen 1,00 Goldmark. Für Anzeigen an bestimmten Tagen 1,00 Goldmark.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag - Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Die Verhandlungen mit Frankreich

Die Antwort auf die deutsche Denkschrift

Berlin, 8. Jan. (Von unv. Berl. Büro.) In hiesigen unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß die französisch-belgische Antwort auf die deutsche Denkschrift heute in Paris fertiggestellt werden wird, jedoch die voraussichtlich morgen im Laufe des Tages überreicht werden dürfte. Es wird sich um zwei voneinander unabhängige Noten von offenbar sehr beträchtlichem Umfang handeln. Man rechnet damit, daß die Noten grundsätzlich übereinstimmen, jedoch wie in früheren Fällen in der Form voneinander abweichen werden.

In diesem Zusammenhang erscheint es angebracht, vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen, die vielfach an die Tätigkeit der beiden 3. Jt. in Paris arbeitenden Unterausschüsse geknüpft werden. Der „S. J.“ wird erklärt, daß sich die Verzögerung der Antwort dadurch erklärt, daß Pointeure den Text der Antwort nochmals revidieren und eine Reihe von Stellen ändern. Es ist nicht bekannt, ob diese Änderungen durch Bemerkungen von belgischer Seite veranlaßt sind, oder ob sie nicht vielmehr den Zweck verfolgen, den Wunsch Frankreichs nach Verhandlungen auf breiter Grundlage deutlicher hervortreten zu lassen. Der „Rotin“ betont aufs neue mit Nachdruck, daß Frankreich und Belgien in gleichem Maße Wert darauf legen, die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen zu lassen.

Die geschätzte belgische Anleihe in Frankreich

In Brüssel erregt die aus Paris eingegangene Meldung, daß die im September bei französischer Großbank aufgenommene 6,7 prozentige belgische Anleihe über einhundert Millionen Francs nur zu einem Drittel gezeichnet wurde, peinliche Aufsehen. Man beschuldigt die Pariser Regierung eines Rücktritts gegen die belgische Anleihe, denn die Belgier sich gleichfalls 7 prozentige Staatsanleihe emittieren, wodurch das Interesse an der belgischen Anleihe gänzlich aufgehoben wurde. Die Brüsseler Blätter erwidern in dieser Handlungsweise der Pariser Regierung einen unfreundlichen Akt, der allen Fremdbankkreditierungen hohen Schaden mitbringt und drängen die Regierung, in Paris Aufklärung bezüglich der Rückgang-Vorschlüsse zu verlangen, mit denen die belgische Regierung, laut offiziellen Erklärungen, nicht einverstanden ist.

Äußerungen Dr. Sorges

Der Vorsitzende des deutschen Industrieverbandes, Dr. Sorge, hat dem Berliner Berichterstatter des „Echo“ eine Unterredung erteilt, und sich über die Möglichkeit eines französisch-deutschen wirtschaftlichen Abkommens ausgesprochen. Nachdem Dr. Sorge darauf hingewiesen hatte, daß Arnold Reebhera von der deutschen

Industrie nicht als eine einflussreiche Persönlichkeit angesehen werde, sagte er, die eingeleiteten Verhandlungen, die zu einem Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland führen sollen, müssen als eine wirklich grundlegende Frage für die Zukunft betrachtet werden. Sie dürfen nicht durch den Mikroskop von Plänen, die vielfach in den besten Absichten entworfen worden seien, die aber unfruchtbar sind, kompliziert werden. Ich stelle formell fest, daß die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit, auf alle Fälle in ihrer außerordentlich großen Mehrheit geneigt ist, ohne Opfer zu bringen, um zu einem französisch-deutschen Abkommen und zu einer einseitigen Realisierung der Reparationsfrage zu gelangen. Diese Realisierung wäre notwendig in erster Linie für die Wiederherstellung Deutschlands und dann im allgemeinen Interesse Europas. Die soziale Unruhe und der wirtschaftliche Zusammenbruch Mitteleuropas haben zur Ursache die Art und Weise, wie die Reparationsfrage bis jetzt behandelt wurde. Ende Mai vorigen Jahres wurden durch Vermittlung des Reichsverbandes praktische Vorschläge ausgearbeitet, deren Annahme der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben hätte, zu einem modus vivendi zu kommen und Frankreich Reparationen in dem Maße zu leisten, wie sie für seine Interessen notwendig sind und durch die man die durch den Krieg verursachten Schäden hätte heilen können. Diese Vorschläge bildeten die Grundlage für das letzte deutsche Reparationsangebot, das meines Wissens bis jetzt noch ohne Antwort geblieben ist. Hätte man diese Pläne angenommen, dann hätte man schon einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung getan. Die Interessen Frankreichs wären besser gewahrt worden, als durch die Befolgung des Aufrabietes, deren Nutzen für alle die verhängnisvoll sind, die daran teilnehmen. Die Abkommen mit dem Vieux, die, woran Dr. Sorge nicht zweifeln will, von dem Gedanken einmischen sind, ein Einverständnis zu erzielen, werden aber nach seiner Ansicht Frankreich niemals die Vorteile bringen, die es ihm ermaßen, das zu erlangen, was die Annahme der letzten deutschen Vorschläge abbracht hätten.

Dr. Sorge erklärte ferner, es sei unerlässlich, daß die Reparationsfrage in der kurzen Frist, während deren die Lasten noch erheblich sind, geregelt werden. Wenn die noch vorhandenen Hilfsquellen verbraucht seien, dann werde tatsächlich zu befürchten sein, daß das wirtschaftliche Chaos im Westen und im übrigen Deutschland ausbreche. Trotz der zahlreichen Entschuldigungen der letzten Nachkriegsjahre müsse man hoffen, daß die Bemühung von den internationalen Sachverständigen einzufließenden Verhandlungen diesmal zu einem positiven Ergebnis und zu einem Abkommen führen werden. Die Vorbereitung eines solchen Erfolges sei, daß die Verhandlungen objektiv geführt werden, und daß die politischen Erwägungen, wenn sie nicht vollkommen zurückweichen, dann doch wenigstens in den Hintergrund treten. Es müssen aber auch der Hof und das Mikroskop, die auf beiden Seiten zu einem französischen Zustand getrieben worden seien, verschwinden.

Schließlich erläuterte Dr. Sorge noch, weshalb die Pläne Reebhergs nicht zu einer allgemeinen Entspannung führen werden.

Die österreichische Sanierung

Etwas über ein Jahr ist es her, daß das große Sanierungs- wert in Oesterreich begonnen wurde. Im Sommer 1922 haben Oesterreich rettungslos in den Abgrund zu verfallen. Da gelang es dem Bundeskanzler Dr. Seipel den Völkern und die ausschlaggebenden Großmächte zur Gewährung eines bedeutenden Kredits zu bewegen, der unter der Bedingung leitender Selbsthilfe und der Einrichtung einer Finanzkontrolle durch den Völkerbund gewährt wurde. Die jetzige Entwicklung mutet wie ein Wunder an. Die Inflation kam zum Stillstand und es fehlte gleichzeitig eine energische Ersparnis- und Steuerpolitik ein, die das Defizit im Budget ganz gewaltig herabdrückte. Der auswärtige Kredit war so bemessen, daß das voraussichtliche Defizit bis Ende 1924 damit gedeckt werden konnte. Die Steuererträge entwickelten sich aber so günstig, daß das voraussichtliche Defizit bis Ende 1924 damit gedeckt werden konnte. Die Steuererträge entwickelten sich aber so günstig, daß das voraussichtliche Defizit bis Ende 1924 damit gedeckt werden konnte. Die Steuererträge entwickelten sich aber so günstig, daß das voraussichtliche Defizit bis Ende 1924 damit gedeckt werden konnte.

Die österreichische Regierung hat inzwischen, von ihren außerordentlichen Hilfsmitteln Gebrauch machend, eine überaus einschneidende Ersparnispolitik eingeleitet. Sibirer wurden etwa 60 000 Beamte und Angestellte abgebaut. Eine unmittelbare Ersparnis für das Budget ergab sich hieraus allerdings nicht, da man ja den verabschiedeten Pensionen und Abfindungen ausbezahlen mußte. Sehr bedeutend dagegen war der Effekt der Steuererhöhungen auf allen Gebieten. Schon vor der Seipelschen Sanierungsperiode war es übrigens gelungen, die Lebensmittelpreise zu beschränken und nimmere wurden auch die staatlichen Tarife und Konsumpreise so angelegt, daß die Betriebe nicht mehr verlustbringend arbeiteten.

Die Wirkungen der drastischen Finanzmaßnahmen waren in den ersten Monaten keineswegs bloß erfreulich. Es war unvermeidbar, daß eine scharfe Industriestrie einsetzte, besonders da der Verfall der deutschen Währung und die hierdurch bedingte Einschränkung der Kaufkraft auf Oesterreich rückwirkte. Anfang 1923 gab es zeitweilig nicht weniger als 167 000 untertätige Arbeitslose. Diese Ziffer senkte sich aber von April konstant und im November wurden nur mehr etwa 76 000 untertätige Arbeitslose gezählt. Die ganze Wirtschaftslage hob sich gleichzeitig zusehends.

Die Abperrung der wichtigsten Abhängigkeiten hat natürlich die österreichische Handelsbilanz sehr ungünstig beeinflusst. Immerhin hat sie sich in den letzten Jahren bedeutend gebessert und das noch bestehende Defizit wird wohl durch die Einnahmen aus Sonstigen Handel, Fremdenverkehr, auswärtigen Anlagen usw. größtenteils gedeckt. Eine weitere Verbesserung ist jedoch unbedingt nötig, was aber eine Steigerung der industriellen Produktion erfordert. Eine volle Ausnutzung der Produktionsmittel ist noch nicht erreicht, in der Großindustrie dürfte sie derzeit etwa 70 Prozent betragen. Ein Hauptgrund der Einschränkung der Industrieproduktion ist noch immer Kapitalmangel, der sich auch in außerordentlich hohen Zinssätzen ausdrückt, unter denen die Industrie sehr zu leiden hat.

Zu den erfreulichsten Fortschritten gehört der überaus günstige Verlauf der auswärtigen Handelsbilanz. Während 1920 nur 325 000 PS. tatsächlich ausgeführt waren, sind seit diesem Jahre Wasserkräftswerte mit 210 000 PS. Wirtellistung und 330 000 PS. Höchstleistung begonnen worden, von denen ein Teil bereits vollendet wurde. Im Jahre 1922 waren allein nahezu 1000 Wasserkräftanlagen in Bau mit einer Leistung von 200 000 bzw. 300 000 t.S., von denen bereits ein großer Teil fertiggestellt ist. Außerdem wurden rund 400 neue Pläne mit etwa 330 000 PS. bei den Behörden eingereicht.

Der Franken sinkt weiter!

Nach einer New Yorker Meldung der „Frankf. Ztg.“ haben die französischen Werte an den amerikanischen Börsen sehr schwach. Der Franken hat einen neuen Rekordtieffund erreicht.

Ratschläge zur Regulierung des Frankenturmes

Die „Journé Industrielle“, das Blatt der französischen Sommerindustrie, tritt heute für die Schaffung einer Devisenzentrale ein. Es dürfte sich allerdings nicht, so meint das Blatt, um eine Scheininstitution handeln, wie sie i. B. in Deutschland geschaffen worden sei, sondern um eine nach kaufmännischen Grundsätzen aufzufassende Organisation ohne Bürokratie und ohne unnötige Behinderung und Beeinträchtigung des Handels. Eine solche Devisenzentrale sei das einzige Mittel zur Regulierung des Frankenturmes, alle anderen Interventionsversuche seien fahrlässig und wertlos.

Die Sachverständigen für die Repto-Ausschüsse

Die drei italienischen Sachverständigen für die von der Reparationskommission geschaffenen Ausschüsse werden am Samstag Rom verlassen, um sich nach Paris zu begeben. Heute werden sie von Mussolini empfangen, um dessen Wünsche entgegenzunehmen.

Zu der Erklärung der beiden amerikanischen Sachverständigen Dawes und Hoona schreibt der „Welt Parisien“: Die amerikanischen Sachverständigen glauben, daß es wesentlich sei, zu einem raschen Ergebnis zu gelangen. Aus den verschiedenen Unterredungen, die sie geführt hätten, erkenne man, daß nach ihrer Ansicht der erste Sachverständigenausschuss, der sich mit der deutschen Währung und dem deutschen Haushalt beschäftigen soll, seine Aufgabe in einem Monat beendigen könne. Ferner müßte sich der Ausschuss wenn es nötig sein sollte, eine Woche lang nach Berlin begeben. Das scheint anzudeuten, daß sie die Arbeit hätten, nicht alle Äußerungen des deutschen Haushalts für ihre Arbeit zu nehmen, sondern die Gesamtheit des ausenwärtigen deutschen Reichtums ins Auge fassen, um hieraus die ungefähren Leistungsmöglichkeiten des Deutschen Reiches zu bestimmen.

England gegen die Pfalz-Rebellen

Englische Schritte in Paris und Brüssel

Der „Daily Telegraph“ meldet, daß die englische Regierung bereits in Paris und Brüssel wegen der Haltung der belgischen und französischen Vertreter in der Rheinlandkommission bezüglich der Anerkennung der Verhandlungen der Pfalz-Rebellen vorstellig geworden sei. Während die französische Regierung zu diesem englischen Schritt noch nicht Stellung genommen hat, hat die belgische Regierung nach einer Londoner Drahtung der „S. J.“ verjagt, ihre Stellung selbsterbenermaßen zu begründen. Der belgische Vertreter habe nichts weiter getan, als die gegebenen Tatsachen örtlicher Verhandlungen anzuerkennen. Diese Auslegung werde von der englischen Regierung nicht anerkannt werden, da die Befehlungsbehörden seinerzeit nicht eingegriffen hätten, um die Unordnung zu verhindern, die die Separatisten angerichtet haben. Die Befehlungsbehörde hätte vielmehr die deutsche Polizei darin gehindert, die Ordnung aufrecht zu erhalten und es sei den Separatisten gestattet worden, Deutsche, die von General Degoutie und seinen Offizieren noch nicht ausgewiesen worden waren, auszuweisen. Die Vertreibung der deutschen Beamten sei aber durch den Rheinlandpost unterjagt.

Eine feine Nummer

Wie wir schon mitgeteilt haben, hat der französische Befehlshaber in der Pfalz, General de Weh, den aus Göttingen eingewanderten Konfessionär Salzberg zum Bezirksammann in Esperer eingesetzt, nachdem alle übrigen Beamten ausgewiesen waren. Jetzt wird bekannt, daß Salzberg eine ganz üble Vergangenheit hat. Er war im Jahre 1922 bei einer Heidelberger Reibefirma beschäftigt und wurde entlassen, weil er größere Mengen Waren gestohlen und sie in der Pfalz weiter verkauft hat. Auch an Schmuggelgeschäften soll Salzberg beteiligt sein und eine weitere Reihe von Diebstählen und Unrechtheiten auf dem Gewissen haben. Schon seit geraumer Zeit steht er im Dienst der Franzosen.

Neue Verhaftungen

Von den Separatisten sind in Birmaens der Gaswerkdirektor Holz und sein Sohn, der Richter Stempel und die Oberinspektoren Kienborst und Rippel verhaftet worden.

Eine Heerei des „Tempo“

Zu einer Tempo-Meldung über die Bildung einer angeblichen Geheimorganisation „Treuhänd“ in der Pfalz wird von unterrichteter Seite mitgeteilt:

Anlässlich der drohenden Gefahr eines Separatisteneinmarsches in die Pfalz wurden aus allen Kreisen der verfassungstreuen pfälzischen Bevölkerung Selbstschutzverbände gebildet, die den Auftrag hatten, mit Genehmigung der französischen Kreisbehörden die öffentlichen Gebäude zu schützen. Die französischen Kreisbehörden wurden über diese Maßnahmen unterrichtet und erklärten sich damit auch einverstanden. Kurz vor dem Ausbruch der Separatisten wurden aber auf französische Weisung die Personen die nur zum Schutz der öffentlichen Gebäude bestimmt waren, von den Befehlungsbehörden entlassen und gefangen genommen. Etwa hundert Personen befinden sich heute noch im Gefängnis. Das ist der Sonderfall der vom „Tempo“ aus bezeichnenden Gründen tendenziös entstellte wurde.

Die Folgen der Separatistenherrschaft

Am Montag ist die städtische Beamtenschaft von Birmaens in den besten Zustand getreten, nachdem am Samstag verschiedentlich größere Ansammlungen von Erwerbslosen festgestellt worden, die wegen zu geringen Zahlungen und ungenügenden Unterstützungen demonstrieren. Bis gestern Abend waren die Beamten noch nicht wieder zur Arbeit erschienen, doch wurden die am Samstag festgenommenen wieder auf freien Fuß gesetzt. Mit Genehmigung des Bezirkskommissars veröffentlichten die städtischen Beamten folgende Erklärung:

„In der Stadt ist das Gerücht verbreitet worden, die städtischen Beamten hätten die für die Erwerbslosenunterstützung ausgemessenen Gelder im Stadt-Casino verlost. Hierzu ist zu erklären, daß die Vertreter der bayerischen Regierung mitgeteilt haben, daß die Mittel für die Erwerbslosen solange gesperrt werden, als die nach Recht und Gesetz bestehende Stadtverwaltung nicht in die Lage versetzt wird, das ihr von der Bürgererschaft übertragene Amt auszuführen. Auch die Gehälter derjenigen Beamten, die andere Verpflichtungen eingehen, solange sie nicht von ihrem gesetzlichen Erwerb entbunden sind, werden nicht mehr überwiesen. Keiner von uns hat Gelder für die Zwecke der Unterstützung der Erwerbslosen in den Händen gehabt.“

Die Separatisten aus Antheilen vertrieben!

Das auf der Straße Frankfurt-Darmstadt gelegene Antheilgen war seit längerer Zeit von den Separatisten besetzt. Der Gemeinderat nahm in seiner vorgestrigen Sitzung eine Entschließung an, in der er es ablehnt, Leute anzuerkennen oder mit ihnen zusammenzutreffen, die, unbekümmert um die gesetzlichen Bestimmungen, unter Verhöhnung von Recht und Ordnung Antheilgen besetzen, deren sie weder fähig noch würdig seien. Weiter wird in der Entschließung betont, daß der Gemeinderat noch wie vor seit zum heftigen Staat und zum Deutschen Reich stehe. Nach Erhebung der Tagesordnung wurden die im Lokal anwesenden Separatisten aufgefordert, das Rathaus sofort zu verlassen, da über das Gemeindegelände nicht sei, sondern nur der Gemeinderat zu verfügen habe. Die Separatisten mußten schließlich der Aufforderung Folge geben.

Vor dem deutsch-belgischen Schiedsgericht

wird seit Montag ein Prozeß verhandelt, den zehn Belgier gegen die deutsche Regierung angebracht haben. Es handelt sich um Arbeitslose, die nach Deutschland transportiert worden waren, um dort in Industrie und Landwirtschaft Verwendung zu finden. Der Friedensvertrag von Versailles macht das Deutsche Reich für die getrennt erlittenen materiellen Schäden verantwortlich, die die Deportierten erlitten haben. (Ziffer 2 und 7 des Anhangs 1 zu Art. 244). Die daraus sich ergebenden Ansprüche hat die belgische Regierung bei der Reparationskommission angemeldet, die sie bei der Entschädigungssumme in Höhe von 132 Millionen berücksichtigte. Trotzdem tritt der Vertreter dieser belgischen Arbeitslosen für weitere Ansprüche ein. Die Forderung wird mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch begründet. In der heutigen Sitzung wird der Vertreter des Deutschen Reiches, Rechtsanwalt Blich aus Berlin zu Worte kommen.

* **Italienische Luftflotte.** Die Zahl der Maschinen der italienischen Luftflotte, die gegenwärtig 1000 beträgt, soll bis Ende des Frühjahrs auf 4500 erhöht werden. Entsprechend der gegenwärtigen Lage der italienischen Luftflotte wird der Hauptteil der italienischen Luftflotte aus Seeflugzeugen bestehen.

Städtische Nachrichten

Vor einer bedeutenden Neugestaltung der Angestelltenversicherung

Es ist unendlich traurig, wenn ein Gehilfe nach jahrelangen treuen Diensten arbeitsunfähig wird, dann keine Stellung mehr findet und schließlich mit seinen Angehörigen der öffentlichen Wohlfahrt anheimfällt. Diese Worte des Großen Volksrates aus dem Jahre 1907 kennzeichnen den Geist, aus dem das Gesetz über die Versicherung der Angestellten geschaffen wurde.

Die Gefahren, die die Angestelltenversicherung bedrohen, sind zunächst finanzieller Natur gewesen. Ebenso wie bei der Invalidenversicherung vergrößerten sich die Verwaltungskosten durch die gesamten Einnahmen, so röhren in manchen Monaten nicht einmal hin. Man erhält einen Begriff von den gefährlichen Schwierigkeiten, wenn man die nach dem Krieg erhobenen Beitragssätze durch Umrechnung mit der Lebenshaltungsmesszahl des Reiches auf ungefähre Goldbeiträge zurückführt und die Ergebnisse mit den Beiträgen vor dem Krieg vergleicht.

Man muß sich wundern, daß die Reichsversicherungsanstalt unter diesen Umständen und obwohl sie nicht wie die Invalidenversicherung durch Darlehen oder Zuschüsse vom Reich unterstützt wurde, überhaupt durchkommen ist. Dieser Sieg über das Betrug- und Währungsloch ist einer klugen Verwaltung des Anstaltsvermögens zu danken. Die Leitung der Anstalt hat frühzeitig die Gefahren der Inflation gerade für die Versicherungsleistungen erkannt und die einander den Gelder rechtzeitige Verhältnisse angesetzt.

Das neue Jahr bringt einen weiteren Fortschritt. Seit 1. Januar werden die Beiträge in Rentenmark erhoben. Die Geldmark empfahl sich nicht, weil die auf Rentenmark umgesetzte Posten über Verkäufer der Rentenmarken ist. Doch die allgemeine Verbesserung unserer Wirtschaft zur Überwindung der Krise in der Reichsversicherungsanstalt wesentlich beizutragen hat, ist selbstverständlich.

Die Frage ist ohne weiteres zu verneinen, und zwar auch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Auswandernde dem Wohnungsamt gegenüber bauernd auf Zustimmung einer anderweitigen Wohnung verzichtet. Die Rechtslage ist so, daß der Auswandernde im Falle des Auswanderns einer Mietpartei verpflichtet ist, dem Wohnungsamt innerhalb zweier Tage, von dem Freiwerden der Wohnung Kenntnis zu geben, und daß das Wohnungsamt allein über die Wohnung zu verfügen hat.

Auswanderung, Reise und Wohnungsamt

Wichtigste Fälle

Die Rat der Zeit hat zur Folge, daß viele, die früher im Ausland ihre Auswanderung hatten, jetzt den Versuch machen, sich im Auslande eine neue Existenz zu gründen. Da aber zur Auswanderung viel Geld gehört, über das bei dem heutigen Währungsstand die wenigsten verfügen, wird häufig die Frage aufgeworfen, ob der Auswandernde über seine Wohnung verfügen und ob er Kapital schlagen kann.

Die Frage ist ohne weiteres zu verneinen, und zwar auch unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Auswandernde dem Wohnungsamt gegenüber bauernd auf Zustimmung einer anderweitigen Wohnung verzichtet. Die Rechtslage ist so, daß der Auswandernde im Falle des Auswanderns einer Mietpartei verpflichtet ist, dem Wohnungsamt innerhalb zweier Tage, von dem Freiwerden der Wohnung Kenntnis zu geben, und daß das Wohnungsamt allein über die Wohnung zu verfügen hat.

hängig, daß die Wohnung vom dem bisherigen Inhaber verlassen wurde. Bekannt ist dem Wohnungsamt von dem Fortzuge des Hauptmieters, sei es durch den Hauseigentümer, sei es durch einen sonstigen Dritten Kenntnis, so hat es das Recht, die Wohnung zu beschlagnahmen. Nur dann, wenn der vom Hauptmieter eingeleitete Untermieter den Nachweis führt, daß der Hauptmieter in absehbarer Zeit zurückkehren wird, wird das Wohnungsamt die Bormahme von Zwangsmaßnahmen aufheben, indem es den Termin der erwarteten Rückkehr des Hauptmieters abwartet.

Häufig wird zum Zweck der Umgehung der Bestimmung zwischen den Parteien (Hauptmieter und dem künftigen Untermieter) ein Tauschvertrag in der Weise vereinbart, daß der Hauptmieter jenseits in die Wohnung des Partners zieht, einige Tage dort verbleibt, und dann von dort aus seine Auswanderung antritt. Eine derartige Vereinbarung ist jedoch nichtig, wenn beide Parteien Wohnungen haben. Sie läuft gewöhnlich darauf hinaus, dem Inhaber der kleineren Wohnung eine größere oder bessere Wohnung zu verschaffen. Solche Tauschverträge werden regelmäßig vom Wohnungsamt nur unter der Bedingung genehmigt, daß die Parteien den Tausch ernsthaft gemeint haben.

Rechtlich ist die Rechtslage, wenn der Hauptmieter verweist und während der Zeit seiner Abwesenheit einen Untermieter in die Wohnung setzt. Steht bereits bei Eintritt der Reise fest, daß diese länger als drei Monate dauern kann, so wird es sich im allgemeinen empfehlen, vor Antritt der Reise mit dem Wohnungsamt über die Genehmigung zur Untermietung Rücksprache zu nehmen, damit der Hauptmieter sich vor späteren Ueberrassungen und Unannehmlichkeiten schützt. Allerdings müssen in diesem Fall sowohl der Hauptmieter als auch der Untermieter darauf geachtet sein, daß das Wohnungsamt nach Ablauf des „Reiseurlaubes“ durch Beamte kontrollieren läßt, ob der Hauptmieter von seiner Reise zurückgetreten ist. Steht es sich hierbei heraus, daß der Hauptmieter nicht zurückgetreten, so muß der Untermieter damit rechnen, daß die Wohnung beschlagnahmt und daß er selbst im Wege des Zwangsverfahrens aus der Wohnung entfernt wird.

Abbau der Mannheimer Milchzweigwirtschaft

Die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen dazu, in der Frage der Milchzweigwirtschaft Wege einzuschlagen, die zu einem Abbau führen. Wie wir ersehen, sind Ermäßigungen darüber im Gange, ob die Zusammenführung der Krantennmilch durch das bisher übliche Karrensystem fallen gelassen werden kann. Die Milchzweigwirtschaft für die Kinder im Alter bis zu 6 Jahren wird jedenfalls in der bisherigen Weise weiter beibehalten. In den letzten Tagen ist mit der Verfertigung der Milchkarren begonnen worden. Die tägliche Milchzufuhr hat sich um ungefähr 23 000 Liter auf 31 000 Liter erhöht. Dieses Quantum kommt aus den Bezirken, die der Stadt Mannheim zugewiesen sind. Man ist aber auch wie andere Städte zum Bezug von Schweizer Milch übergegangen, von der gegenwärtig 9000 Liter hierher gelangen, jedoch im ganzen nur 40 000 Liter Vollmilch zur Verfügung stehen. Wenn die einheimische Milchproduktion nicht alsbald für eine verstärkte Milchproduktion sorgt und ihre Milch nach den Städten bringt, wird sich die Schweizer Konkurrenz in absehbarer Zeit sehr nachteilig bemerkbar machen.

Jahrespreise der Straßenbahn

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Städt. Rechnungsausschusses im letzten Monatsrat wird uns von einem Leser geschrieben: „Nach meiner Ansicht legen sich die Hauptmaßnahmen der Straßenbahn aus dem Jahresbudget der Arbeiter und Angestellten zusammen. Die täglich zwei bis viermal die Straßenbahn benutzen müssen. Nun braucht das Städtische Rechnungswesen nur den Preis eines Wochenfahrcheines gegenüber zu stellen bezw. den Preis eines Monatsfahrcheines vor dem Krieg mit demjenigen einer derzeitigen Wochenfahrkarte zu vergleichen; das Ergebnis wird sein, daß die Erhöhung nicht 1/3 Proz., sondern mehr als 100 Proz. beträgt. Es wäre interessant zu hören, wie sich das Städtische Rechnungswesen hierzu stellt.“

Im Hinblick auf die letzten Ausführungen möchten wir feststellen, daß der an diese durch das Städt. Rechnungswesen übermittelte Artikel auch in anderer Hinsicht ansehbar ist. Vor allem muß auf das sehr hohe beizugehalten werden, daß sich die Leistung der städtischen Straßenbahn nach wie vor hervorragend gegen die Wiedereröffnung des Kurzfahrttarifs wehrt. Wir können nicht glauben, daß der Dreifachtarif den finanziellen Nachteil im Gefolge haben wird, den das Straßenbahnamt befürchtet. Die Straßenbahn erfüllt nicht ihren Zweck, ein modernes Verkehrsmittel zu sein, wenn die Frequenz abgebrochen wird. Die Reise muß es bringen! Deshalb gehören wir zu den Freunden des Dreifachtarifs, der sicherlich so fort zur Befriedigung des Verkehrs beitragen wird, ohne eine finanzielle Einbuße nicht entsteht. In der Benutzung der Straßenbahn scheint übrigens der Tarifstand überaus münden zu sein. Es gibt Strecken, auf denen die Schaffner an manchen Tagen das Biergeld der Fahrgäste einnehmen. Etwas mehr Bogenmaß könnte die Leistung der Straßenbahn schon an den Tag legen.

Steuervereinfachung für die freien Berufe. Auf Grund einer Eingabe des Vorsitzenden des Schutzvereins für die notleidende Kulturschicht Deutschlands, des Reichssteuerabgeordneten Dr. Otto Goerling, ordnete der Reichsfinanzminister zu § 3 der Steuerreformverordnung an, daß eine Veranlagung der Umgründung der freien Berufe im Kalenderjahr 1923 bei verhältnismäßig geringer Höhe der Einnahmen unterbleibt. Dies gilt zunächst für die vierstellige Veranlagung im Januar 1924. Ob und in welchem Umfange eine Erleichterung bei der im April fälligen Veranlagung herbeizuführen ist, wird von der Entwicklung der Verhältnisse abhängen.

Ständemänner-Sammel-Erhebung. Der Ständemänner-Sammel-Erhebung L 92 Schmidt-Warnemünde-Mannheim-Balef (Mannheim ab 7.10 Uhr vorm.) verkehrt vom 20. Januar an bis auf weiteres Sonntag regelmäßig. Der Gesamtverkehr L 91 Bielefeld-Warnemünde-Balef Bahndorf ab 6.10 Uhr, Mannheim 10.00 Uhr nachm., wird am 21. Januar erstmals in Balef abgefahren und hier nachm. wird am 21. Januar erstmals an Rottens regelmäßig verkehrt von diesem Zeitpunkt an Rottens regelmäßig. Beide Abfahrten sind aus Eckel- und Seilwagen der Wittroa gebildet und führen teilweise die erste Klasse. Neben dem Schnellverkehrsverkehr erster Klasse ist von den Reisenden der in dem besonderen Tarif festgesetzte Preiszuschlag zu entrichten.

Gegen Schmutz und Schand im Film. Die Filmmoderatoren Berlin hat auf Antrag des bayerischen Ministeriums des Innern und des bayerischen Staatsministeriums des Innern die Zulassung der Filme „Das Mädchen aus der Akerstraße“ 1. Teil und „Wie das

Mädchen aus der Akerstraße seine Heimat fand“ mit Rücksicht auf die entstehende Wirkung der Filme widerrufen. Dagegen wurde der Antrag auf Widerruf der Zulassung des zweiten Teils abgelehnt. Da jedoch die Filme seit einiger Zeit aus dem Verkehr gezogen sind, ist eine spätere Vorführung des 2. Teils voraussichtlich nicht zu erwarten.

Todesfall. Der langjährige demokratische Stadtverordnete Leopold Anselm ist gestern im 69. Lebensjahre verstorben. Ein typischer Vertreter des Mittelstandes, der im Bürgerauschuss 11 bis mit Nachdruck die Interessen der Refektstadt verfolgte, ist er ein Opfer unserer wirtschaftlichen Verhältnisse geworden, die viele früher Wohlhabende völlig verarmen ließen. In den letzten Jahren konnte Anselm nur durch die Unterstützung von Verwandten und Bekannten leben. Das Amt des Reichsrichters, das der Refektstadt, wurde, als er nicht mehr das Zimmer verlassen konnte, von einem Kollegen, Friseur Zimmermann, versehen, der seine Einkünfte aus dieser Funktion in vorbildlich menschenfreundlicher Weise Anselm restlos zukommen ließ.

Der tägliche Kambrand. Infolge Glanzbildung entstand gestern Abend im Hause Riedelstraße 23 ein Kambrand, der durch die um 8.20 Uhr alarmierte Berufsfeuerwehr mit dem Kaminschieber gelöscht wurde.

Veranstaltungen

Der Schriftstellerverein Mannheim-Ludwigshafen plant für die nächste Zeit zwei Veranstaltungen besonderer Art. Zunächst findet in Gemeinschaft mit der Stadt Mannheim eine Vortragsreihe im Nationaltheater statt, deren Leiter Herr Reintraud der ersten Hilfsaktion für die Armen Mannheims angeführt werden soll. In dieser Vortragsreihe spricht der Romanhistoriker und Essayist Frank Thiele über „Die moderne Romanprosa“. Im Anschluß daran findet unter Leitung des Generalmusikdirektors Richard Bert eine Aufführung der Romanprosa „Der Russticker“ von Peter Tschakowsky statt, wobei das orchesterliche Personal des Nationaltheaters und das Nationaltheaterorchester mitwirken. Es werden schon jetzt Vorbereitungen für den Kartenverkauf im Sekretariat des Schriftstellervereins, H 2 3, am Markt (eine Treppe), entworfen. Am 2. Februar bezieht der Schriftstellerverein Mannheim-Ludwigshafen sein dreiklassiges Theater durch eine Wandfeier im Weinsaal des Rotenarrens. Beideres durch Anwesen.

Kommunale Chronik

Der Karlsruher Bürgerausschuss

genehmigte in seiner jüngsten Sitzung den Fortfall der besonderen Gebühren für Straßenreinigung, Müllabfuhr, Abordnungssteuerung und Kanalbenutzung und den Ersatz dieser Gebühren durch eine entsprechende Erhöhung der Umlagen. Daraus werden, wie Bürgermeister Schneider mitteilte, eine Vereinfachung des Verwaltungsapparats und Ersparnisse ermarlet. Auf Ausführungen der Stv. Bilde (Stv.) und Frommer (Stv.), die sich auch mit den Gaspreisen beschäftigten, erklärte Oberbürgermeister Dr. Hinner, daß das Gaswerk zurzeit von der Hand in den Mund lebe. Man habe die Kohlenpreise nicht erörtern können, weil in den letzten Monaten zu geringe Gas- und Strompreise erhoben wurden. Mitte Juni betrug der Vorrat 9000 Tonnen, wovon 6000 bezahlt waren. Diese sind in der Zeit der Inflation gespart worden, als die Gaskosten um 20-30 Prozent im Tag ausmachten.

Zeitweise habe die Stadt das Gas zu 1 Pfennig verkauft. Bei Fortsetzung dieser Politik hätte das Gaswerk stillgelegt werden müssen. Diese schwierige Periode sei nun vorbei und es sei gelungen, die Werke gesund zu erhalten. Im Januar mußte der Verbleibende ein Halboorloch und im Februar Borstlöcher auf Neufestlegung der Gebührenordnung vorgelegt. Der Bürgerausschuss werde also kein Recht wieder erhalten, die Gebühren festzusetzen. Der gegenwärtige Misstand müßte eingegriffen werden, da man in der Inflationszeit sonst täglich hätte zusammenbrechen müssen.

Bei der Genehmigung einer großen Reihe Grundstücks-erwerbungen und Uebertragungen wurde auch der Verkauf von Gelände an der Schwarzmühl und Riedelstraße genehmigt. Ursprünglich war infolge der günstigen Lage die dreifache, geschlossene Bebauung vorgesehen. Die Grundstücke sind ein Teil des durch das B-Verkehrsministerium, Neue Bahnhofsstraße und die Reichsstraße eingeschlossenen, für die zulässige Entwicklung der Stadt höchst bedeutungsvollen Baugbietes, dessen möglichst weitgehende Nutzung durch enge Bebauung von Haus aus durchaus an der Stelle erscheint. Der Stadtrat hat sich, wie es in der Vorlesung heißt, zur Freigabe des von Riese, Säben, Schaefer und Schwarzwaldburg eingeschlossenen Teiles dieses Gebietes für die zulässige offene Bebauung nur nach sehr eingehenden und wiederholten Beratungen der Baukommission entschlossen. Maßgebend sollte vor in erster Linie die Tatsache, daß nach Lage der derzeitigen Verhältnisse auf dem Baumarkt eine sehr große Nachfrage nach günstig gelegenen Baulandgrundstücken besteht, welche Baugrundstücke aber in nur geringer Zahl vorhanden, aus preiswerter Hand jetzt überhaupt nicht zu erhalten sind und daß im Gegensatz dazu das anliegende Baulandgebiet weder heute noch wohl auch in den nächsten Jahren sich dem Bau von mehrstöckigen Wohnhäusern kaum wird zuwenden lassen. Bürgermeister Schneider erklärte, daß der Antrag zum Bau von Einfamilienhäusern viel härter sei, als der zum Bau von mehrstöckigen Häusern. Wenn man bedenke, daß Bauland heute nur noch ein Drittel des Preiswertes kosten, so müßte man den Preis von 20 M für den Quadratmeter als angemessen bezeichnen. Die Stadt dürfe die Stelle nicht treiben; sie wolle die Bauland fördern. — In der Aussprache, an der sich eine Reihe von Ratsmännern beteiligte, wurde darauf hingewiesen, daß mehrstöckige Häuser rentabler seien. Auch wurde die Vorklage eines Grundbesitzbesitzers verlangt. Bürgermeister Schneider sagte zu, daß die Baukostenüberprüfung geprüft werden solle.

sv. Darmstadt, 8. Jan. In der jüngsten Stadtverordnetenversammlung fand zunächst die Grund- und Gewerbesteuer 1923/24 zur Beratung. Als Kompromißvorschlag wurde eine Grundsteuer mit einem Ausschlagssatz von 20 Goldpfennigen und eine Gewerbesteuer mit einem solchen von 8 Goldpfennigen vorgeschlagen. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, für bewohnte Grundstücke bis zu 3000 Quadratmetern 18 Pfg., für bewohnte Grundstücke 20 Pfg., für nicht bewohnte Grundstücke (brochliegende Grundstücke) 50 Pfg. an Grundsteuer zu erheben. Der Verwaltungsvorschlag sieht die Erhebung in vier Klassen vor. Es wird allerdings, wenn sich die Ratwendigkeit erweisen sollte, eine Rahmsteuer von einem, erst, auch zwei Klassen vorbehalten. Der Antrag der Verwaltung wurde angenommen. Der sozialdemokratische Antrag soll alsbald geprüft und darüber entschieden werden. Es folgte die Beratung der Wohnungszulassungssteuer. Seither wurden erhoben für das erste steuerpflichtige Zimmer 30 M., für das zweite Zimmer 30 M., für das dritte und jedes weitere Zimmer 100 M., bis zum Höchstbetrage von 2000 M. Der Vorschlag der Verwaltung, für das erste und zweite Zimmer je 30 M., für das dritte und jedes weitere Zimmer 50 M. bis zur Höchstgrenze von 1000 Goldmark zu erheben, wurde angenommen. Die Hundesteuer für 1924 beträgt für den ersten Hund 30, für den zweiten 50 und für jeden weiteren Hund 20 Goldmark mehr. Im Fall der Hinterrückzahlung soll der jährliche Betrag erhoben werden. Außerdem wurde die Wiedereröffnung der Hundesteuermarkt beschlossen. Die Gas- und Wasserpreise sollen mit Wirkung vom 18. Jan. 25 Goldpfennig betragen, einschließlich einer in Höhe von 10 Proz. an die Stadtwerke abzuführenden Abgabe für soziale Zwecke. Die Vorlesung wurde abgelehnt. — Bei. Daub teilte mit, daß die Stadt benötigt war, kurzfristige Anleihen in Höhe von 350 000 Goldmark aufzunehmen.

Keine Mittelungen

In Elberfeld haben die Schwerebahn und die Straßenbahn mit Wirkung vom 1. Januar ab ihre Preise um 25 Proz. ermäßigt.

Deutsche Volkspartei

Donnerstag, 10. Januar, abends 8 Uhr
findet im großen Saale des Rathhauses, R. 1 eine

öffentliche Versammlung
statt in der
Reichstagsabgeordneter Pfarrer Dr. Luther

die politische Lage
besprochen wird. Eintritt frei.
Unsere Mitglieder und Freunde werden zu zahlreichem Besuch eingeladen.
Der Vorstand.

Bestecke
in Apacca, echt Silber u. versilbert, in den neuesten Mustern - finden Sie immer noch am billigsten bei

Ludwig Groß, F 2, 4a.

Wainrestaurant „Mohrenkopf“
F 2, 16 Morgen Donnerstag F 2, 16

Großes Schlachtfest
morgen höchst einladend *7804

Hermann Haumesser.

Restaurant „Zur Reichspost“
Q 1, 11 Täglich ab 7 Uhr Telefon 4365

Schrammel-Musik
das beliebte Duo Fred Völker
Vorzügliche Küche Prima Weine

G. Werner.

Storck's Eiernudeln
von unübertroffener Güte, garantiert nur aus frischen Hühnereiern und fl. Mehl hergestellt

wieder zu haben!

Bestellungen, auch kleinerer, nimmt entgegen:
Hans Schneller, Dürerstr. 6
Telephon 8010 *7310

Süss-Büchlinge
täglich frisch aus dem Rauch liefern ständig

Süddeutsche Fischindustrie
G. m. b. H., Karlsruhe
Räucherei u. Fischkonservenfabrik
Tel. 4476 u. 5135 Telegr. Südfisch

Bestellungen nimmt entgegen:
G. Th. Hauss, Mannheim, 6 7, 35
Telephon 7768. *7367

Achtung! Nur 15 Goldmark franko
(Vorkasse od. Nachnahme) diese 3 Aluminiumkochtöpfe und 1 Wasserkessel

Metallindustrie H. Seuthe in Holthausen
bei Prosenberg in W. (300 Meter Fabrikräume) 150 Unteraach gestützt. - Inverat beifügen. - Preisliste f. kl.

Verkäufe

Wiederverkäufer in Seiten
kaufen vorteilhaft ein im

Gebo-Selbhaus
B 7, 13 (Parkring) 2)

Vierstöckiges Wohnhaus
zu verkaufen. Adresse durch Ref. Agent. erbeten.
unter H. K. 13 an die Geschäftsstelle. *7333

Dame pelz
(echte, schwarz), sowie 1 Damengarnel (Wolny de Zolner) mit Seberlebe, preiswert abzugeben. Helliger, Albelandstr. 6, part., Tel. 4398. *7358

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater und Grossvater, Herrn

Ludwig Kratochvil
Kammermusiker a. D.
nach kurzer, schmerzloser Krankheit, heute nacht im Alter von 72 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen. *7306

Mannheim, den 9. Januar 1924.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Anna Kratochvil geb. Hauff
Wolfgang Kratochvil, Sprachschul'direktor u. Frau Odette geb. Bielle
Ludwig Kratochvil, Realschuldirektor u. Frau Luisa geb. Dausa
Josef Kratochvil, Apotheker und Frau Margarete geb. Thimm und Enkelkinder.
Die Einäscherung findet im Sinne des Verstorbenen in aller Stille statt.

Unser Sonderangebot

Herrnstiefel R.-Chevr. von 11 ⁶⁰ M an	Herrnstiefel Rindbox von 12 ¹⁵ M an
Damenstiefel R.-Chevr. von 11 ⁰⁰ M an	Damenstiefel Rindbox von 10 ⁵⁰ M an
Damenhalbschuh R.-Chevr. von 7 ³⁵ M an	Damenhalbschuh Rindbox von 8 ⁵⁵ M an
Damenhalbschuh Flacher Absatz - Rahmenarbeit 11 ⁰⁰ M	Spangenschuh echtChevreux - Rahmenarbeit 11 ⁶⁰ M

Knaben-, Mädchen- und Kinderstiefel
Arbeitsstiefel für Frauen und Männer
Hausschuhe aus Kamelhaar u. Filz geben wir gleichfalls außerordentl. preiswert ab.

Beachten Sie unsere Auslagen!
Unsere Auswahl ist bekannt groß!
Besichtigen Sie unsere Lager zwanglos!
Unsere Leistungsfähigkeit ist anerkannt!

Schuh Baum
Aktiengesellschaft.
Mannheim, J 1, 1. Ecke Breitestr.

Kauf-Gesuche
zu kaufen gesucht:
Treuhandfestes Geschäft
kleineren Umfangs, auch feines Boden-geschäft. Event. tätige Beteiligung. Best. Angebote unter K. M. 357 an Rudolf Koll, Mannheim. *7302

Stellen-Gesuche
Fräulein
Witz über Jahre, mit 16jähriger Büropraxis (u. d. Bertragsstelle. (Kaution od. Besichtigung möglich.) Angebote unter J. H. 96 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *7301

Heirat
Fräulein, Mitte d. 20, evol. kumpach, schlanke Gestalt, wünscht lebens-freuden mit Herrn m. hoh. Erwerb zu. *7343

Heirat
fein zu lebn. Lediger evol. Wohl. u. schl. Beruf. evol. kumpach, schlanke Gestalt, wünscht lebens-freuden mit Herrn m. hoh. Erwerb zu. *7344

Neujahrswunsch!
Heirat
Brief folgt infolge Kasse verpätet unter her-angebenem Offize hauptpostlagernd. *7396

Miet-Gesuche
2 evtl. auch 1 möbl. Zimmer
gegen zeitigen Besetzung von anständig. Herrn (General-Vertreter eines bedeutenden Werkes) für dauernd möglichst sofort gesucht. Wünsche kann gestellt werden. Suchender befindet sich viel auf Reisen. Adressen-Anfrage erbeten unter H. T. 62 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *7342

3-4 Zimmer-Wohnung
mit Bad u. Speisekammer, evtl. im Zauch gegen große 2 Zimmer-Wohnung mit Küche, Dreinglied, feinstens vorhanden. Angebote unter J. P. 60 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *7319

1-2 Zimmer mit Küche (leer)
gegen zeitweilige Besetzung. Dreingliedsküche vorhanden. Angebote unter G. S. 56 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *7300

2 Zimmer-Wohnung
(Wandlode l. Hinterhaus) mit Möbeln kann übernommen werden.
Angebote u. H. W. 85 an die Geschäftsstelle. *7346

Schöne große 2Zim.-Wohnung
neu hergerichtet mit elektr. Licht oder eine 3 Zimmer-Wohnung.
Gesucht:
Schöne 4 Zimmer-Wohnung.
Angebote unter J. P. 94 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Werkstätten-Raum
mindestens 100 qm, möglichst sofort zu mieten gesucht. Angebote unter J. E. 93 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *7357

Möbl. Zimmer
evtl. Wohn- u. Schlaf-zimmer von 12 Mann aus guter Familie ge-sucht. Eigene Bettmöbel vorhanden. Anzeig. unter J. N. 1 an die Geschäftsstelle. *7371

Gut möbl. Zimmer
im Stadtzentrum sucht 10. Bandbeamter. An-gebote unter J. V. 9 an die Geschäftsstelle. *7381

Offene Stellen
Jüng. Stenotypistin
(event. intelligente gewandte An-fängerin) mit guter Allgemeinbildung von höherer Holzgroßhandlung 306
gesucht
Eintritt sofort oder später nach Vereinbarung. Angebote unter T C 127 an die Geschäfts-stelle dieses Blattes erbeten.

Flotte Stenotypistin
und Maschinenschreiberin
für hiesiges Büro sofort gesucht. Best. Angebote unter J. D. 92 an die Geschäftsstelle. *7356

Wir suchen für unser

Maß-Atelier
tüchtige und erfahrene
selbständige
1. Arbeiterinnen

in gutbezahlte dauernde
Stellung.
Nur beste Kräfte wollen
sich melden.

Modehaus Sachs, O 7, 1

Wingroßhandlung
Sucht für den Bezirk
Mannheim Ludwigshol-f.
tüchtigen
Vertreter
Angebote unter J. G. 96
a. b. Geschäftsst. *7360

Wir suchen
Vertreter
für Baden und angrenzende Gebiete zum Verkauf einer bekannten Qual-tätsmarke in Gummiabsätzen gegen hohe Provision. Bei Lederhändlern und einschlägiger Branche nachweislich eingeführte Herren wollen sich melden unter F. 928 an die Ann.-Exp. D. Schürmann, Düsseldorf. 200

tüchtigen Reisenden
für den Bezirk Sauerbrunn, Worms, geg. Gehalt und Provision. Angebote unter J. L. 99 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *7300

Alte leistungsfähige Lackfabrik
die sämtliche Lack- und Spiritus- sowie Man-nerarbeiten in bestmöglicher Qualität herstellt, (u. d.) für den Bezirk Mannheim u. Umgebung od. ganz Baden einen tüchtigen, durchaus sachkund.

Vertreter
Klein-Kundenstamm ist vorhanden. Kommissions-loger wird gestellt. Angebote unter M. W. 956 an Rudolf Koll, Frankfurt a. M. *7302

Junger Mann oder Fräulein
mit schöner Handschrift und guten Allgem.-Kenntnissen, möglichst bewandert im Anzeigengeschäft, zur Ausfülle sofort gesucht.
Schriftliche Bewerbungen unter T. E. 129 an die Geschäftsstelle bis Bl. erbeten.

Jüngerer Kaufmann
energisch und redigewandt von Fahrrädern, Nähmaschinen- und Teilgroßhandlung in Baden als Reisevertreter für diesen Bezirk zum möglichst sofortigen Eintritt
gesucht.
Herren, welche sich für diesen Posten eignen, wollen gefl. Angebote mit Zeugnis-abschriften und mögl. auch Lichtbild unter H. Y. 87 an die Geschäftsstelle einr. *7350

Reisedamen
evtl. auch Herren
zum Besuch von Verwandten auf dem Lande u. realen Geschäftsbesuche gesucht. Die Touristen sind seit langen Jahren zur eingeführt u. können nur solche Personen in Frage, welche auf dauernde Stellung verzichten. Hohe Provision und volle Reisekosten. Angebote unter J. A. 80 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *7358

Weinküfer
erfahren, selbst, gut empfohlen, in dauernde, gut bezahlte Stellung gesucht. Angebote unter J. S. 6 an die Geschäftsstelle d. Bl. *7376

Jüngeres zuverlässig. Fräulein
für Registratur und Schreibmaschine
per sofort gesucht. Angebote unter G. T. 57 an die Geschäftsstelle d. Bl. *7300

Die beiden Damen
mit den weissen Häutchen am Sonntag, Nach-mittag um 14 Uhr im Saal der Dreieckstraße von Herrn I. grossen Nagel begebenen und heute durch die Klenden ins Hotel „Raffes“ abgehen werden erbeten. An-gebote unter H. F. 90 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten zu werden. *7318